

Siegen, 31. März 2022

Bürgermeister Steffen Mues

Verwaltungsvorlage Nr. 672/2022B
Stellenplan 2022 der Stadtverwaltung Siegen
- 2. Ergänzungsvorlage -

Ergänzende Stellungnahme des Personalrates

Die oben genannte Verwaltungsvorlage hat der Personalrat am 25.03.2022 dem Ratsinformationssystem entnommen; die Anlage IV wurde seitens der Verwaltung am 30.03.2022 übersandt.

Der Personalrat behält sich eine ergänzende Stellungnahme vor, sofern dies durch aktuelle Ereignisse notwendig werden sollte.

Zu der oben genannten Verwaltungsvorlage nimmt der Personalrat wie folgt Stellung:

Allgemeines

Der Personalrat nimmt den Stellenplanentwurf 2022 zur Kenntnis und trägt diesen im Wesentlichen mit.

Besonderheiten aus Sicht des Personalrates zu der Verwaltungsvorlage mit den Anlagen II und IV werden im Folgenden angemerkt.

Mehrstellen (Anlage II der Verwaltungsvorlage)

Der Personalrat nimmt die Mehrstellen, die durch den Änderungsantrag vom 01.03.2022 der Fraktionen Bündnis90/ Die Grünen, UWG, Gemeinsam für Siegen, FDP, Die Linke und Volt, welche in der Ratssitzung vom 02.03.2022 beschlossen wurden, zur Kenntnis.

Dem Personalrat liegen bezüglich der oben genannten Mehrstellen keine Informationen vor, da seitens der Antragssteller keine Erläuterungen erfolgten.

Folgende Mehrstellen aus dem Änderungsantrag wurden in der Ratssitzung am 02.03.2022 beschlossen:

- Geschäftsbereich 2: Sachbearbeitung Schulbibliotheken Grundschulen
- Geschäftsbereich 4: 3 Stellen Sachbearbeitung Hochbau für den Bereich Technische Gebäudewirtschaft (Bauingenieurinnen und Bauingenieure / Technikerinnen und Techniker)
- Geschäftsbereich 5: Sachbearbeitung Wohngeldbewilligung (befristet bis 2024)

Aufgrund der fehlenden Informationen kann der Personalrat diese Mehrstellen nicht auf Notwendigkeit bzw. Sinnhaftigkeit für den Stellenplan 2022 beurteilen.

Streichung von 3 Mehrstellen

Seitens der Verwaltung wurden in der Verwaltungsvorlage Nr. 672/2021 folgende Mehrstellen vorgeschlagen, welche dann mit Änderungsantrag von den oben genannten Fraktionen vom 01.03.2022 wieder gestrichen wurden:

- Geschäftsbereich 1: Sachbearbeitung im Bereich Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
- Geschäftsbereich 2: Sachbearbeitung im Bereich Bürgerbüro
- Geschäftsbereich 2: Sachbearbeitung im Bereich Bäderverwaltung

Hierzu kann sich der Personalrat wie folgt äußern:

1.) Geschäftsbereich 1: Sachbearbeitung im Bereich Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Laut der Begründung der 6 Fraktionen ist der aktuelle Stand der Entwicklung und Redaktion von Internet und Intranet ausreichend; eine unbefristete personelle Aufstockung für den Relaunch der Homepage ist nicht notwendig, da insbesondere in naher Zukunft von einer projektbezogenen Arbeit (Relaunch) auszugehen ist.

Die Volt-Fraktion hatte am 31.03.2021 die Überarbeitung der Internetpräsenz der Stadt Siegen beantragt. Als Begründung wurde dort angegeben, dass die Homepage der Stadt Siegen in der

jetzigen Form nicht mehr zeitgemäß sei. Der Rat solle daher die Bereitstellung von 70.000 € für die externe Erstellung einer neuen Homepage beschließen.

Dieser Antrag wurde seinerzeit wieder zurückgezogen, da der Bürgermeister zugesichert hatte, dass der geforderte Relaunch bereits im Arbeitsplan stehe.

Weiter wurde seitens der Verwaltung festgestellt, dass für die Entwicklung und Redaktion von Internet und Intranet ein erhöhter Personalbedarf besteht. Mit dem Relaunch, den Plänen der Verwaltung zu einer modernen Homepage und Internetredaktion insgesamt sowie den hohen Erwartungen der Politik zu diesem Thema ist dies mit der derzeitigen Personalbesetzung nicht länger leistbar.

Diese Mehrstelle ist dringend notwendig zur Entlastung des Aufgabenbereichs für die redaktionelle Bearbeitung der Internetseiten und des Auftritts in den Sozialen Medien. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Zahl der tagesaktuell vorzunehmenden Veröffentlichungen stark zugenommen hat und weiter zunimmt. Parallel dazu sind die öffentlichen und eigenen Erwartungen der Verwaltung an die Gestaltung und Qualität der abgebildeten Informationen gestiegen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund neuer Anforderungen z.B. im Hinblick auf Barrierefreiheit oder Verknüpfung mit den unterschiedlichen Kanälen in den Sozialen Medien.

Das alles zeigt, dass es hier nicht darum geht, zeitlich befristet einmal einen Relaunch der Homepage durchzuführen (Forderung der Politik), sondern viel mehr auf dem Spiel steht, wie die Sicherstellung und Verbesserung der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern über die verschiedensten Kanäle.

2.) Geschäftsbereich 2: Sachbearbeitung im Bereich Bürgerbüro

Laut Begründung der 6 Fraktionen ist durch die absehbare Entwicklung von einem digitalen und vor allem automatisierten Bürgerservice eine unbefristete personelle Aufstockung nicht darstellbar.

Diese Argumentation kann seitens des Personalrates nicht geteilt werden. Aktuell ist die Situation im Bereich Bürgerbüro derart angespannt, dass die Außenstellen in Geisweid und Eiserfeld nur wechselweise geöffnet werden können; eine gleichzeitige Öffnung aller Bürgerbüros ist aufgrund des aktuellen Personalmangels nicht möglich. Hinzu kommt, dass es aufgrund des derzeitigen Zuzugs von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine zu nochmals höheren Vorsprachen und weiter gestiegenen Anliegen, welche in den Bürgerbüros zu bearbeiten sind, kommt.

Ein Ende dieser Situation ist - ebenso wie die immer noch bestehenden Erschwernisse aufgrund der Corona-Lage - nicht absehbar.

Seriöse Prognosen, wann das - sich an der obersten Belastungsgrenze befindliche - Bürgerbüro-Personal mit einer Situationsverbesserung rechnen darf, können nicht gegeben werden.

Der Personalrat muss davon ausgehen, dass niemand von den o. g. 6 Fraktionen sich einmal mit der tatsächlichen Situation in den Bürgerbüros vor Ort vertraut gemacht hat und weder den Kontakt mit einer dort beschäftigten Person noch mit dem Personalrat als Vertreter aller bei der Stadt Siegen beschäftigten Personen gemacht hat. Anders lässt es sich nicht erklären, dass man offensichtlich ohne Kenntnis der tatsächlichen Lage einfach eine Mehrstellenstreichung in einem Bereich, in welchem es aktuell „lichterloh brennt“, beschließt.

3.) Geschäftsbereich 2: Sachbearbeitung im Bereich Bäderverwaltung

Laut der Begründung der 6 Fraktionen ist bei einer absehbaren Reduzierung der Anzahl der städtischen Bäder eine unbefristete personelle Aufstockung nicht darstellbar, da insbesondere in naher Zukunft von einer projektbezogenen Arbeit (Schließung Löhrtor) auszugehen sei.

Hierzu weist der Personalrat darauf hin, dass gerade weil ein Bad geschlossen wird, der Aufwand hinsichtlich der Belegung deutlich höher werden wird (-> Verteilung der Kapazitäten auf 2 Bäder, Kommunikationsaufwand mit Schulen, Vereinen, etc.). Neben den Aufgaben in den Sachgebieten Sporthallen und Sportplätzen, Förderung, Sportstatistik, Ehrungen etc. gibt es außer der Belegungsthematik natürlich auch noch eine Vielzahl weiterer Aufgaben im Bereich Sport und Bäder, wie z. B. Personaleinsatz und -verwaltung von über 40 Beschäftigten, Arbeitssicherheit mit den dazugehörigen Unterweisungen der Beschäftigten, das Erstellen und Umsetzen von Hygienekonzepten (insbesondere aber nicht ausschließlich aufgrund der jeweils aktuellen Corona-Bestimmungen), die Bauunterhaltung mit Bewirtschaftung und Energieabrechnung, die Erstellung von Satzungen und Dienstanweisungen sowie die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen hinsichtlich Verkehrssicherheit bzw. Betriebssicherheit.

Bereits in der Vergangenheit gab es eine hohe Personalfuktuation in diesem Bereich. Die verbliebenen Beschäftigten haben bereits ihre Belastungsgrenze erreicht. Aus leidvoller Erfahrung weist der Personalrat darauf hin, dass es in Bereichen, in welchen die Beschäftigten mit Überlastungsanzeigen auf ihre angespannte Situation hingewiesen hatten, oftmals zu erhöhten Krankenständen und damit verbundenen weiteren Situationsverschlechterungen kam, welche sich am Ende dann auch nachteilig auf die Bürgerinnen und Bürger auswirkten.

Sofern die Politik auch weiterhin fordert, dass viele Freizeitangebote wie z. B. optimale Belegung der Hallenbäder, gerade im Moment durch die Situation Umbau und Nichtschwimmerproblematik, Bewegungsparcours, Belegung der Sporthallen in den Ferien, Prüfung Machbarkeit einer Disc-Golf-Anlage etc. angeboten werden, müssen die Parteien auch gewillt sein, das hierfür notwendige Personal für diese Leistungen bereit zu stellen.

Sollte daher seitens der Politik keine Streichung der vorgenannten Leistungen erwogen werden, darf es auch nicht zu einer Streichung der entsprechenden Mehrstelle in der Abteilung Sport und Bäder kommen.

Stellenumwandlungen (Anlage IV der Verwaltungsvorlage)

Die in der Anlage IV dargelegten Stellenumwandlungen sind aus hiesiger Sicht nachvollziehbar.

Zusammenarbeit mit dem Personalrat

Der Personalrat möchte an dieser Stelle seine Verwunderung und Enttäuschung gegenüber der Politik zum Ausdruck bringen, dass diese die nachvollziehbaren Bedürfnisse der Beschäftigten der Stadtverwaltung Siegen anscheinend kaum interessiert.

Man sollte davon ausgehen können, dass für die Bürger eine bestmögliche Bearbeitung Ihrer Anliegen und somit auch für die Beschäftigten eine bestmögliche Arbeitsvoraussetzung im Vordergrund stehen sollte.

Ein solches Interesse an den Beschäftigten der Stadtverwaltung Siegen könnte man eigentlich als selbstverständlich vermuten, da genau diese Beschäftigten versuchen, unter anderem die Vorgaben und hohen Erwartungen der Politik mit viel Engagement umzusetzen.

Genau dieses Engagement wird zur Auffassung des Personalrats in jüngster Vergangenheit oftmals mit Füßen getreten, da sich innerhalb der hiesigen Kommunalpolitik anscheinend lieber mit sogenannten „Machtspielchen“ beschäftigt wird, anstatt diese Energie für die Basis, welche die Beschäftigten der Stadtverwaltung Siegen bilden, zu nutzen und sich mit deren Anliegen zu beschäftigen.

Bereits seit mehreren Jahren scheint zum Beispiel jegliches Interesse seitens der Politik an Stellungnahmen zum Stellenplan der Stadtverwaltung Siegen sowie zum Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen, welche vom Personalrat zur Verfügung gestellt worden waren, zu fehlen.

Inwiefern daher zukünftig noch eine Weiterleitung der Stellungnahmen an die Politik überhaupt noch Sinn macht, wird der Personalrat noch für sich entscheiden.

Dieses Verhalten spiegelt das oben genannte Desinteresse an den Beschäftigten wieder, die unter allen Umständen und trotz zahlreicher massiver Herausforderungen (Vorgaben der Politik, Corona, Flüchtlingskrisen, Personalmangel etc.) versuchen, für die Bürgerinnen und Bürger ein guter Dienstleister mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu sein.

Der Personalrat als demokratisch gewähltes, neutrales, unabhängiges und parteiloses Gremium möchte sich an dieser Stelle aus gegebenem Anlass nochmals ausdrücklich gegen Unterstellungen aus der Politik verwehren, wonach er sich angeblich von der Verwaltung in irgendeine Richtung (zum Beispiel bei Personalauswahlverfahren) beeinflussen lassen würde.

Der Personalrat strebt auch weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen Gremien und der Politik an und hofft, dass hierzu auch ein echtes Interesse besteht.

Weitergabe

Wir bitten Sie, Herr Bürgermeister, um Weitergabe dieser Stellungnahme an die entsprechenden politischen Gremien.

A handwritten signature in blue ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke at the end.